

2006/274
öffentlich

Datum: 9.11.2006

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Rat der Stadt	7.12.2006	

Betreff

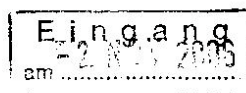
Antrag von Ratsmitglied Thomas Schmidt;
Sicherheitsgespräch

Beschlussvorschlag

Siehe Antrag.

Thomas Schmidt

Sachverhalt



„Der Leitsatz muss heißen : Opferschutz geht vor Täterschutz“ (A. Merkel, CDU)

An den
Rat der Stadt Castrop-Rauxel
z. Hd. Herrn Bürgermeister Beisenherz
Europaplatz 1

44575 Castrop-Rauxel

Ratsherr

Thomas Schmidt

Am Knie 26
44581 Castrop-Rauxel

Mobil : 0173 276 40 33

t.schmidt@ubp-castrop-rauxel.de

www.ubp-castrop-rauxel.de

Castrop-Rauxel, 6.10.2006

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich bitte Sie, bei der nächsten Sitzung des Rates folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu setzen :

Antrag : Sicherheitsgespräch

Ich bitte den Rat der Stadt Castrop-Rauxel folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Rat der Stadt Castrop-Rauxel beschließt die Durchführung eines Sicherheitsgesprächs, zu welchem **ALLE** im Rat vertretenen **PARTEIEN ***, sowie Vertreter der Polizei, und des Ordnungsamtes eingeladen werden. In diesem Gespräch muss die Sicherheitslage der Stadt Castrop-Rauxel gründlich diskutiert und analysiert werden und es müssen klare Arbeitsaufträge verteilt werden.“

*: also Fraktionen und Einzelratsmitglieder

Begründung:

Die letzten Wochen haben gezeigt, dass es um die Sicherheit in Castrop-Rauxel schlechter steht als allgemein angenommen. Regelmäßig ist der Lokalpresse zu entnehmen, dass Bürger unserer Stadt bedroht, beraubt und/oder verletzt werden.

Viele Menschen haben mittlerweile Angst vor Übergriffen und trauen sich – gerade in den Abendstunden – kaum noch aus dem Haus. Dieses betrifft vor allem ältere Mitbürger (mir persönlich sind einige Rentnerinnen bekannt, die sich nicht mehr alleine auf den Friedhof trauen, um dort die Gräber ihrer Angehörigen zu pflegen), aber auch sehr viele Jugendliche – und sogar Kinder – welche schon negative Gewalterfahrungen hinter sich haben.

Daher ist eine schonungs- und tabulose sowie ehrliche und klare Situationsanalyse ohne Alternative und muss schnellstmöglich in die Tat umgesetzt werden, damit wirkungsvolle Gegenmaßnahmen geplant und ergriffen werden können!! Seine Bürger vor Verbrechen zu schützen gehört zu den vornehmsten Aufgaben des Staates und seiner Gliederungen. Auch wenn es vielleicht dem seit Jahrzehnten vorherrschenden (links-liberalen) Zeitgeist widerspricht, muss der Opferschutz dem Täterschutz vorhergehen, denn falsche Toleranz gegenüber Straftätern erschüttert das Vertrauen der Bevölkerung in die Fähigkeit von Polizei und Justiz, Recht und Ordnung zu bewahren und führt in letzter Konsequenz zu einer Abwendung vieler Bürger vom Staat und treibt sie in die Arme radikaler Kräfte.

Daher muss das von mir beantragte Gespräch zeitnah durchgeführt werden. Sollte dieses abgelehnt werden machen sich die Verantwortlichen – zumindest moralisch – mitschuldig an den nächsten Gewalttaten in unserer Stadt.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Schmidt

(im Originalen unterzeichnet)

(stellvertr. Vorsitzender des Kreisverbandes Recklinghausen der UBP)